Helaba

Wochenausblick
28. August 2026

- Auf dem Radar
- US-Arbeitsmarkt: Stabilität oder Stagnation?
- Zentralosteuropa: Hitzefrei für die Wirtschaft?
- Finanzmarktkalender
- Prognosetabelle: BIP und Inflation
- Kapitalmarktprognosen
- Neues von Helaba Research

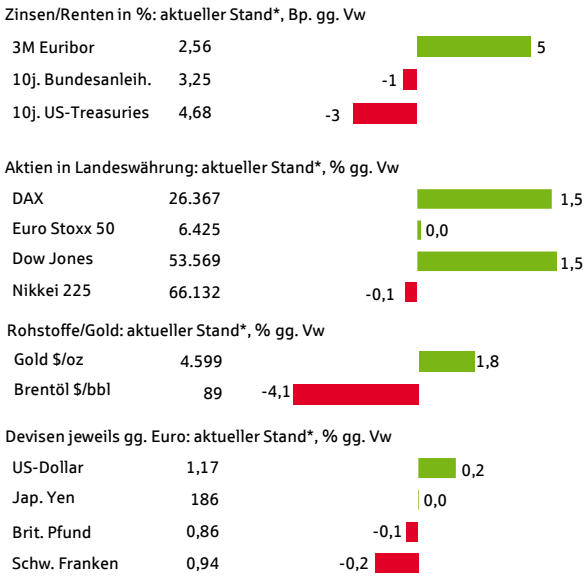
Auf dem Radar

ak/ Für Untergangspropheten der deutschen Industrie war es eine miese Woche. Nach dem Anstieg der Einkaufsmanagerindizes vergangenen Freitag legte zu Wochenbeginn mit dem ifo Geschäftsklima der nächste Stimmungsindikator nach und verzeichnet für das Verarbeitende Gewerbe aktuell den höchsten Wert seit über drei Jahren. Außerdem erschienen die BIP-Detailzahlen, in deren Zuge das ohnehin überraschend hohe Wachstum der deutschen Volkswirtschaft im zweiten Quartal 2026 von 0,2 % auf 0,3 % hochrevidiert wurde. Hierbei glänzten besonders die Warenexporte und es ist inzwischen erstaunlich, wie robust die Industrie bislang durch den Irankrieg kommt. Die Wettbewerbsfähigkeit scheint den Exportgütern derzeit – in der Breite – nicht im Weg zu stehen.

Bekanntlich ist aber nicht alles rosig. Während die Industrie zuletzt positiv überrascht hat, sieht es bei den Dienstleistern schlechter aus. Dort zeigt sich die auf der Kaufkraft der Konsumenten lastende Inflation, die im August in Deutschland mit 2,9 % etwas höher ausfallen dürfte als noch im Juli.

Mit Blick auf die Teuerung hilft es auch nicht, dass aus dem Persischen Golf weiter gemischte Signale kommen. Zwar sank der Ölpreis der Sorte Brent zuletzt wieder unter die Marke von 90 US-Dollar je Barrel, da sich der Iran in dieser Woche gesprächsbereit hinsichtlich einer Öffnung der Straße von Hormus zeigt. Die vergangenen Monate haben jedoch gelehrt, dass Worte keine Planungssicherheit schaffen. Sofern sich beim Ölpreis nichts merklich ändert, dürfte die Teuerungsrate der Eurozone im August und in den folgenden Monaten voraussichtlich sogar über der 3-%-Marke liegen.

Kapitalmärkte im Wochenrückblick



*27.08.2026
Quellen: Bloomberg, Helaba Research

Neben der Preissteigerung rückt in der Eurozone ein neues altes Thema wieder in den Vordergrund. Die Turbulenzen an den Finanzmärkten haben die gemeinsame Schuldenaufnahme in Form der Eurobonds wieder ins Rampenlicht gerückt. Auch diesseits des Atlantiks stehen öffentliche Schulden damit wieder im Fokus der Märkte, nachdem zuletzt bereits in den USA die Sorgen zunahmen. Dort kommt es auch zur Unzeit, dass sich die Angebotsseite des US-Arbeitsmarktes zuletzt erstaunlich schwach zeigte (S. 2).

Die Inflations- und Schuldenentwicklung Europas verdient Beachtung, sollte andere Themen aber nicht in den Hintergrund rücken. Am Samstag entscheiden die Bürger Islands, ob das Land wieder Beitrittsverhandlungen mit der EU führen soll. Zudem haben die zunehmenden Wetterextreme nicht nur in Deutschland Spuren hinterlassen, sondern spielen auch für das restliche Europa eine entscheidende Rolle. Dies haben wir für Polen, Tschechien, Ungarn und Deutschland genauer betrachtet (S. 3).

In der kommenden Woche zeigen uns die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe, ob sich die Erholung der Industrie fortsetzen wird. Gleichzeitig könnten die Verbraucherpreise und die Einzelhandelsumsätze im Dienstleistungsbereich für weitere Ernüchterung sorgen.



US-Arbeitsmarkt: Stabilität oder Stagnation?

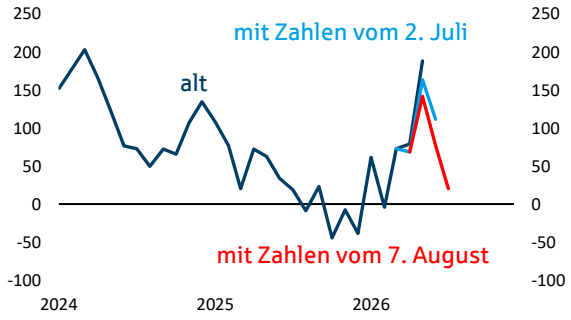
pf/ Dem für US-Verhältnisse zuletzt sehr geringen Stellenaufbau steht eine überraschend negative Entwicklung des Arbeitsangebots gegenüber – auch jenseits der Politik Donald Trumps.

An den Finanzmärkten konzentriert man sich bei der Veröffentlichung des monatlichen US-Arbeitsmarktberichts zumeist auf die Stellenzahlen. Wir haben an dieser Stelle in der Vergangenheit wiederholt darauf hingewiesen, dass die scheinbar großen Zahlen (Veränderung gg. Vm. in Tsd.) über die in Prozent ausgedrückt geringen Schwankungen hinwegtäuschen. Der Unterschied zwischen -100.000 und +100.000 entspricht z.B. nur 0,12 % der Beschäftigung.

Dennoch waren die Daten zum Juli eine klare Enttäuschung, da auch die Vormonatswerte nach unten korrigiert wurden und der aussagekräftigere Dreimonatsschnitt schwächer ausfiel als vorher (siehe Schaubild). Allerdings war der Monatswert für Juli (-23.000) wohl durch Sondereffekte verzerrt. Die Zahl der Beschäftigten im kommunalen Bildungssektor (Schulen) fiel um 50.000 und der Sektor „leisure and hospitality“ verlor 40.000 Jobs. Letzteres könnte ein Ausreißer im Zusammenhang mit dem Ende der Fußballweltmeisterschaft und mit dem 250. Geburtstag der USA Anfang des Monats sein. Für den August erwarten wir, zum Teil als Gegenbewegung, wieder einen soliden Stellenaufbau.

Nur eine Pause in der Erholung oder mehr?

Beschäftigte außerhalb der Landwirtschaft, gg. Vm. in Tsd.*



*Dreimonatsdurchschnitt
Quellen: Macrobond, Helaba Research

Für die konjunkturelle Interpretation und gerade auch für die Notenbank ist aber nicht nur die Arbeitsnachfrage, sondern auch das Arbeitskräfteangebot spannend. Da sich hier üblicherweise auf kurze Sicht wenig tut, rückt diese Seite oft etwas in den Hintergrund. Zuletzt ist hier aber einiges passiert und ein genauerer Blick lohnt sich.

Dass Donald Trumps Einwanderungs-, Abschiebungs- und Visapolitik eine Vollbremsung bei der Nettozuwanderung zur Folge hat, gilt inzwischen als Konsens, auch wenn präzise und aktuelle Zahlen fehlen und damit die genaue Größe des Effektes unklar bleibt. Aber seit Anfang des Jahres kommt noch eine zweite Entwicklung hinzu: Ein ungewöhnlich deutlicher Rückgang der Erwerbsquote, also des Anteils der Personen im Erwerbsalter, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, als Beschäftigte oder Arbeitssuchende.

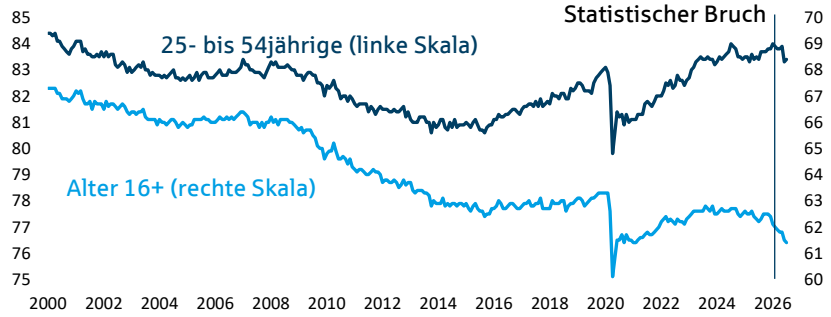
Die Erwerbsquote ändert sich kurzfristig meist wenig – eine Ausnahme war die Pandemiephase. Sie folgt einem langfristigen, demografisch begründeten Abwärtstrend (Alterung der Gesellschaft), der nach Schätzungen im Ge-

samtjahr 2026 -0,2 % bis -0,3 % ausmacht. Die im Schaubild bei der Gesamtrate erkennbare Bewegung seit Anfang des Jahres ist aber wesentlich größer und entspricht rechnerisch fast 2,7 Mio. Personen, die dem Arbeitsmarkt nun weniger zur Verfügung stehen. Was ist da los?

Zunächst eine partielle Entwarnung: Der kräftige Rückgang um 0,3 Prozentpunkte im Januar ist ein statistisches Artefakt. Dieser Sprung kommt zustande, weil das Bureau of Labor Statistics (BLS) mit dem Jahreswechsel neue Erkenntnisse aus der Volkszählung von 2020 in den Daten berücksichtigt, ohne die älteren Werte zu revidieren. Normalerweise ist der Effekt solcher Anpassungen auf die Erwerbsquote sehr gering – diesmal fiel die Revision beim geschätzten Bevölkerungsanteil der über 65-jährigen aber sehr groß aus. Dies zog die Erwerbsquote insgesamt nach unten, weil in dieser Altersgruppe weniger Personen noch am Arbeitsmarkt partizipieren. Die gute Nachricht ist also, dass dieser Rückgang im Januar nicht wirklich eine kurzfristige Entwicklung widerspiegelt. Die schlechte Nachricht ist, dass die aktuell geringe Quote die aus heutiger Sicht „richtige“ ist – und, dass die „wahre“ Erwerbsquote damit schon in den Vorjahren eigentlich niedriger war als in der Statistik ausgewiesen wird.

2026: Deutlich weniger Erwerbspersonen

Anteil der Erwerbspersonen* an der Bevölkerung im jeweiligen Alter („Erwerbsquote“), %



*Erwerbspersonen = Erwerbstätige plus Arbeitslose. Oktober 2025 = interpoliert.
Quellen: Macrobond, Helaba Research

Der neuerliche merkliche Rückgang im Juni – der im Juli nicht korrigiert wurde, denn es ging weiter nach unten – war dann aber einem „echten“ Rückgang der Erwerbsquote geschuldet, und zwar bei der entscheidenden Gruppe, den 25- bis 54-jährigen („prime working age“). Die Ursache für diese ungewöhnlich starke Bewegung ist unklar.[1] Es ist zu hoffen, dass es sich nur um vorübergehende Schwankungen handelt und nicht um eine dauerhafte Schrumpfung der Erwerbspersonenzahl oder gar um den Beginn eines schnelleren Abwärtstrends.

Zwar verspricht der KI-Boom der US-Wirtschaft einen mittel- bis längerfristig höheren Produktivitätstrend zu bescheren, der zudem auch noch positiv überraschen könnte. Unerwartete Belastungen von Seiten der Demografie oder der „Arbeitslust“ der amerikanischen Bevölkerung könnten sich aber zu einem Risiko für den unterstellten Wachstumstrend der US-Wirtschaft von 1,8 % pro Jahr entwickeln. Es lohnt sich also, das Thema im Auge zu behalten.

Zentralosteuropa: Hitzefrei für die Wirtschaft?

md/ Energiesicherheit auch bei Wetterextremen ist Basis für Wirtschaftswachstum. Die Situation in Zentralosteuropa ist unterschiedlich. Bevölkerung scheut Kosten der Nachhaltigkeit.

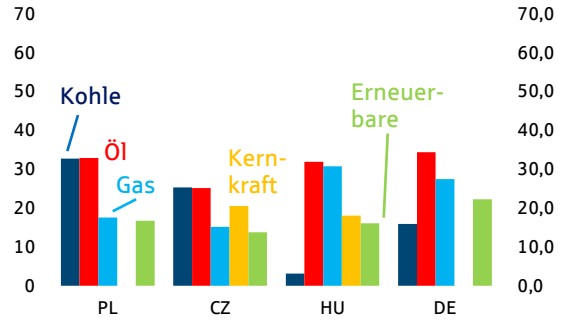
Die Hitzewellen dieses Sommers haben die öffentliche Wahrnehmung für die Klimasensitivität der Energieversorgung und damit der Wirtschaft noch einmal geschärft. Betroffen ist auch Zentralosteuropa, wobei Polen, Tschechien und Ungarn unterschiedliche Voraussetzungen haben.[2] Alle drei Länder decken einen Großteil ihres Energiebedarfs weiterhin mit fossilen Brennstoffen. Kohle spielt dabei insbesondere in Polen und Tschechien eine wichtige Rolle. Bei der Stromerzeugung sind neben der Kernkraft aber auch regenerative Energieformen stark im Kommen: Polen und Ungarn erzeugen aus Erneuerbaren bereits rund ein Drittel ihres Stroms. Kernkraft soll in Polen

[1] Siehe u.a. „What's behind the Sharp Drop in Labor Force Participation?“ von der Federal Reserve of St. Louis (August 2026).
[2] Der Text ist eine Kurzfassung des Helaba Fokus Zentraleuropa: Hitzefrei für die Wirtschaft? vom 25. August 2026

ein Baustein in der Stromerzeugung werden. In Ungarn und Tschechien spielt sie bereits eine wichtige Rolle. Jedoch bereiteten in Ungarn hitzebedingt niedrige Flusspegel Probleme, während Tschechien aufgrund einer anderen Kühltechnik nicht betroffen war. Für den Güterverkehr in Zentralosteuropa waren die niedrigen Wasserstände – anders als in Deutschland – weitgehend unproblematisch, da der Transport vorwiegend über das Straßennetz läuft.

Fossile Brennstoffe – Rückgrat der Wirtschaft

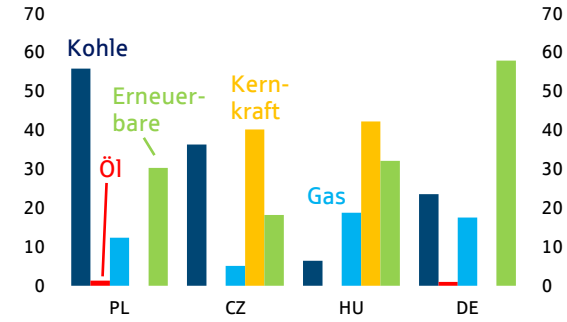
Hauptenergieträger insgesamt*, Anteile, %



*Stand 2024
Quellen: IEA, eigene Berechnungen, Helaba Research

Grüne Energie wichtiger für Stromerzeugung

Hauptenergieträger der Stromerzeugung*, Anteile, %



*Stand 2024
Quellen: IEA, eigene Berechnungen, Helaba Research

Über das Risiko energetischer Engpässe hinaus erzeugen Hitzewellen bzw. allgemein extreme Wetterlagen, deren Auftreten künftig wohl normaler werden wird, Kostendruck für Unternehmen. Zu nennen sind hier höhere Kosten für Transporte sowie für Lagerhaltung, um Produktionsstopps vorzubeugen. Aber auch höhere Aufwendungen für Klimatisierung, steigende Versicherungsprämien gegen Wetterereignisse und nicht zuletzt die sinkende Arbeitsproduktivität bei hohen Temperaturen schlagen hier zu Buche. Für Haushalte dürften vor allem Preissteigerungen bei Lebensmitteln und höhere Ausgaben für Kühlungsmaßnahmen spürbar werden, abgesehen von nicht quantifizierbaren gesundheitlichen Belastungen. In allen drei Ländern erwarten die Menschen von der Politik, dass mehr für den Klimaschutz getan wird. Damit verbundene Kostensteigerungen werden allerdings oft skeptisch gesehen.[3]

Welche Bremspuren die sommerlichen Extreme 2026 in der Konjunktur hinterlassen, wird mit Veröffentlichung der Zahlen für das dritte Quartal deutlicher werden, auch wenn die Auswirkungen des Klimawandels nicht immer von anderen – beispielsweise geopolitischen - Einflüssen zu trennen sind. Die Richtung ist jedoch eindeutig: Klimabedingte Kosten dürften künftig stärker ausgeprägt sein. Vorausschauendes Handeln wird damit notwendiger denn je. Ein unter den EU-Ländern abgestimmtes Vorgehen dürfte am ehesten Erfolg versprechen. Folgerichtig werden Umweltziele, Klimaanpassungsmaßnahmen und nachhaltiges Wachstum im nächsten Mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2028-2034, über den derzeit verhandelt wird,[4] abermals einen hohen Stellenwert einnehmen. Der aktuelle Entwurf sieht dafür über 700 Mrd. Euro bzw. rund 35 % der Gesamtausgaben vor. Angesichts der knappen Kassen vieler Mitgliedsländer ist bis zur Verabschiedung noch mit intensiven Diskussionen zu rechnen.

[3] European Survey 2026: Vertrauen in Energieversorgung bricht ein – Sorge vor dem Klimawandel steigt in Europa
[4] Der langfristige EU-Haushalt 2028-2034 - Consilium

Finanzmarktkalender

Zeit	Land	Periode	Indikator	Helaba-Prognose	Bloomberg Consensus	Vorperiode
Montag, 31.08.2026						
14:00	DE	Aug	Verbraucherpreise % gg.Vm. % gg. Vj.	 **0,2** **2,9**	 0,2 2,9	 0,8 2,8
Dienstag, 01.09.2026						
11:00	EZ	Aug	Verbraucherpreise Frühschätzung % gg. Vm. % gg. Vj.	 **0,3** **3,1**	 k.A. 3,3	 0,2 2,9
11:00	EZ	Aug	Verbraucherpreise Kernrate Frühschätzung % gg. Vm. % gg. Vj.	 **0,3** **2,5**	 k.A. 2,5	 k.A. 2,5
11:00	EZ	Jul	Arbeitslosenquote; %	**6,2**	6,2	6,3
16:00	US	Aug	ISM-Index Verarbeitendes Gewerbe	**55,0**	55,2	55,6
	US	Aug	PKW-Absatz; JR, Mio.	**16,3**	16,3	16,3
Mittwoch, 02.09.2026						
14:15	US	Aug	ADP, Beschäftigung; gg. Vm. Tsd.	**48**	48	44
20:00	US		Beige Book			
Donnerstag, 03.09.2026						
14:30	US	Jul	Handelsbilanzsaldo, Mrd. $	**-90,0**	-74,5	-73,3
14:30	US	29. Aug	Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung, Tsd	**210**	205	203
14:30	US		Fed-Gouverneur Waller			
16:00	US	Aug	ISM-Index Dienstleistungen	**54,0**	54,3	54,1
Freitag, 04.09.2026						
08:00	DE	Jul	Auftragseingänge % gg. Vm., sb % gg. Vj., sb	 **1,0** **10,8**	 0,3 k.A.	 3,1 6,5
11:00	EZ	Jul	Einzelhandelsumsätze % gg. Vm., sb % gg. Vj., sb	 **0,2** **1,1**	 k.A. k.A.	 -0,3 0,7
14:30	US	Aug	Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft; gg. Vm. Tsd.	**100**	55	-23
14:30	US	Aug	Arbeitslosenquote; %	**4,2**	4,1	4,1
14:30	US	Aug	Durchschnittliche Stundenlöhne % gg. Vm. % gg.Vj.	 **0,3** **3,0**	 0,3 3,0	 0,1 3,2
im Laufe der Woche						
	DE	Jul	Einzelhandelsumsätze % gg. Vm., real sb	 **0,3**	 0,5	 -0,7

Quellen: Bloomberg, Helaba Research

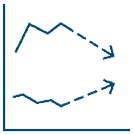
Prognosetabelle: BIP und Inflation

	Bruttoinlandsprodukt reale Veränderung gg. Vorjahr, %				Verbraucherpreise Veränderung gg. Vorjahr, %			
	2024	2025	2026p	2027p	2024	2025	2026p	2027p
Eurozone	1,0	1,3	0,8	1,2	2,4	2,1	2,7	2,4
Deutschland	0,0	0,3	0,9	1,2	2,2	2,2	2,7	2,5
Frankreich	1,4	0,9	0,6	0,8	2,3	0,9	2,2	2,3
Italien	0,6	0,7	0,9	0,5	1,1	1,6	2,7	2,0
Spanien	3,5	2,8	2,6	2,2	2,9	2,7	3,0	2,5
Niederlande	1,1	1,8	1,0	1,2	3,2	3,0	3,1	2,6
Österreich	-0,8	1,0	0,7	1,3	2,9	3,6	3,2	2,7
Schweden	1,9	1,8	2,0	2,2	2,8	0,7	1,1	1,7
Polen	3,1	3,6	3,5	3,3	3,6	3,6	3,0	2,7
Tschechien	1,1	2,7	2,0	2,5	2,4	2,5	2,5	2,8
Ungarn	0,7	0,4	1,9	2,6	3,7	4,4	2,8	3,9
Großbritannien	1,0	1,3	1,2	1,4	2,5	3,4	3,1	2,3
Schweiz	1,2	1,5	1,0	1,7	1,1	0,2	0,7	1,0
USA	2,8	2,1	2,0	1,8	3,0	2,7	3,4	2,5
Japan	0,1	1,2	0,5	0,7	2,7	3,2	2,0	2,3
Asien ohne Japan	4,7	4,8	4,4	4,1	1,5	0,9	2,0	2,0
China	5,0	5,0	4,5	4,0	0,2	0,0	1,2	1,3
Indien*	7,1	7,7	6,4	6,7	4,9	2,2	4,5	4,3
Russland	4,9	1,0	0,6	1,0	8,4	8,7	5,5	4,5
Türkei	3,3	3,6	2,7	4,0	58,5	34,9	31,0	23,0
Lateinamerika**	2,0	2,4	2,0	2,4	26,2	7,8	7,2	5,8
Brasilien	3,0	2,6	2,0	2,0	4,8	4,3	4,6	4,3
Welt	3,2	3,1	2,8	2,8	4,4	2,6	3,0	2,6

Welt: gewichtet auf PPP-Basis, ab März 2025 Umstellung auf Basisjahr 2021; Verbraucherpreise Welt ohne Türkei

*Indien: Financial Year; ** Lateinamerika wegen Hyperinflation ohne Venezuela; p=Prognose, BIP-Wachstum soweit verfügbar kalenderbereinigt

Quellen: Macrobond, LSEG, Helaba Research



Kapitalmarktprognosen

	Veränderung seit ...		aktueller				
	31.12.2025	Vorwoche*	Stand**	Q3/2026	Q4/2026	Q1/2027	Q2/2027
Zinsen	Basispunkte		%				
EZB Refi-Satz	25	0	2,40	2,65	2,65	2,65	2,65
EZB Einlagenzins	25	0	2,25	2,50	2,50	2,50	2,50
Tagesgeldsatz €STR	27	0	2,19	2,50	2,50	2,50	2,50
3M Euribor	53	5	2,56	2,65	2,60	2,55	2,40
6M Euribor	64	1	2,75	2,75	2,70	2,65	2,55
2j. Bundesanleihen	74	1	2,86	2,80	2,70	2,70	2,50
5j. Bundesanleihen	54	0	2,98	2,90	2,80	2,80	2,65
10j. Bundesanleihen	40	-1	3,25	3,30	3,20	3,20	3,10
2j. Swapsatz	80	1	3,07	3,00	2,90	2,90	2,70
5j. Swapsatz	56	1	3,13	3,05	2,95	2,95	2,80
10j. Swapsatz	36	1	3,29	3,35	3,25	3,25	3,15
20j. Swapsatz	22	1	3,46	3,55	3,45	3,45	3,35
30j. Swapsatz	14	1	3,38	3,45	3,35	3,35	3,35
Fed Funds Target Rate	0	0	3,63	3,88	3,88	3,88	3,88
10j. US-Treasuries	51	-3	4,68	4,75	4,75	4,75	4,70
Aktien	Landeswährung, %						
DAX	7,7	1,5	26.367	26.000	27.000	27.250	27.500
Euro Stoxx 50	10,9	0,0	6.425	6.450	6.700	6.730	6.760
Dow Jones	11,5	1,5	53.569	53.500	54.500	54.750	55.000
S&P 500	12,9	1,2	7.731	7.700	7.900	7.980	8.060
Nikkei 225	31,4	-0,1	66.132	66.000	68.000	68.500	69.000
Gold und Brentöl	%						
Gold €/Unze	7,4	2,1	3.949	3.652	4.103	4.407	4.333
Gold $/Unze	6,5	1,8	4.599	4.200	4.800	5.200	5.200
Brentöl $/Barrel	46,8	-4,1	89	85	85	80	80
Devisen	jeweils gg. Euro, %		jeweils gg. Euro				
US-Dollar	0,8	0,2	1,17	1,15	1,17	1,18	1,20
Japanischer Yen	-0,9	0,0	186	184	181	181	180
Britisches Pfund	1,7	-0,1	0,86	0,87	0,86	0,86	0,86
Schweizer Franken	-0,7	-0,2	0,94	0,94	0,96	0,96	0,97

* 20.08.2026 ** 27.08.2026

Quellen: Bloomberg, Helaba Research

Neues von Helaba Research

Links zu kürzlich erschienenen Analysen

→ **Im Fokus Zentralosteuropa: Hitzefrei für die Wirtschaft?**

Wir sind für Sie da:

Themengebiete	Autoren/-innen	Durchwahl 069/9132-
Chefvolkswirtin/Head of Research	Dr. Gertrud Rosa Traud (rt)	20 24
Leiter Capital Market Research	Dr. Stefan Mitropoulos (sm)	46 19
Leiter Economic Research	Dr. Stephan Brand (sb)	46 59
Rentenstrategie	Ulf Krauss (uk)	47 28
Aktienstrategie	Markus Reinwand (mr), CFA	47 23
Devisenstrategie, Großbritannien	Samuel Will (sw)	74 88
Gold	Claudia Windt (cw)	25 00
Immobilien	Paul Richter (pr)	79 58
Rohöl	Ralf Umlauf (ru)	11 19
Pfandbriefe, Covered Bonds	Florian Hillenbrand (fh)	40 79
Bankanleihen	Dr. Susanne Knips (sk)	32 11
Deutschland, Eurozone	Simon Azarbayjani (saz)	79 76
Branchen	Adrian Keppler (ak)	41 83
USA, China	Patrick Franke (pf)	47 38
Nordeuropa, Zentraleuropa	Marion Dezenter (md)	28 41
Emerging Markets	Lucas Rauschkolb (lr)	39 47
	Viola Julien (vj)	20 32
Geopolitik	Ralf Schuster (rs)	28 88
Finanzplatz Frankfurt	Ulrike Bischoff (ub)	52 56

Herausgeber und Redaktion

Helaba Research

Redaktion:
Simon Azarbayjani

Verantwortlich:
Dr. Gertrud Rosa Traud
Chefvolkswirtin/
Head of Research

Neue Mainzer Str. 52-58
60311 Frankfurt am Main
Tel. 069/91 32-20 24
Internet: http://www.helaba.de
Mail: research@helaba.de

Disclaimer

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.

Hier können Sie sich für unsere Newsletter anmelden:
https://news.helaba.de/research/